

Erklärungen für die Teilnahme

Der/die Unterfertigte [Vorname Nachname] geboren in [Stadt] ([Provinz]) am [TT/MM/JJJ], Steuernummer: [Steuernummer], ist in seiner/ihrer Funktion als [Funktion], bevollmächtigt, das folgende Subjekt rechtlich zu vertreten: [Firmenbezeichnung, Mehrwertsteuernummer/Steuernummer, Rechtssitz mit genauer Adresse], PEC Adresse:

gemäß Art. 46 und 47 DPR Nr. 445/2000,

im Bewusstsein der strafrechtlichen Verantwortung im Falle von unwahren Angaben und der entsprechenden Strafen gemäß Art. 76 des DPR Nr. 445/2000 sowie der administrativen Folgen des Ausschlusses von Wettbewerben gemäß GvD Nr. 50 vom 18. April 2016 und den geltenden einschlägigen Bestimmungen

ERKLÄRT: (Bitte zutreffendes ankreuzen)

01. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt befindet sich weder im Konkursverfahren, in Zwangsliquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren, noch sind Verfahren zur Feststellung eines solchen Sachverhalts im Gange.

01. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt befindet sich in einer Situation des Vergleichs mit Betriebsfortführung gemäß Art. 186 des königlichen Dekrets Nr. 267/1942.

02. Gegenüber dem/der Unterfertigten ist weder ein Verfahren über die Anwendung einer der in Artikel 6 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 159/2011 genannten Vorbeugemaßnahmen anhängig noch besteht einer der Hindernisgründe laut Artikel 67 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 159/2011 in geltender Fassung.

02. bis Der Unterfertigte erklärt, dass gegen andere Subjekte der Firma (Inhaber, technische Direktoren, Gesellschafter, einzige Gesellschafter, Mehrheitsgesellschafter und weitere Personen mit Vertretungsvollmacht) keine Ausschlussgründe gemäß Artikel 80 GvD 50/2016 vorliegen oder [\[alternativ, falls obiges nicht zutrifft\]](#).

02. bis Der Unterfertigte erklärt, keine Kenntnis über das Vorhandensein von Maßnahmen laut Artikel 80 GvD 50/2016 gegenüber anderen Subjekten der Firma (Inhaber, technische Direktoren, Gesellschafter, einzige Gesellschafter, Mehrheitsgesellschafter und weitere Personen mit Vertretungsvollmacht) zu haben.

03. Gegenüber dem/der Unterfertigten wurde kein rechtskräftiges Urteil bzw. keine unwiderrufliche Strafverordnung oder Urteil zur Strafzumessung auf Antrag im Sinne des Artikels 444 der Strafprozessordnung für schwere Straftaten gegen den Staat oder die EG erlassen, die sich auf die Berufsmoral beziehen, weder wurde ein rechtskräftiges Urteil für Straftaten wegen Teilnahme an einer verbrecherischen Organisation, wegen Bestechung, Betrug und Geldwäsche laut den in Artikel 45, Paragraph 1 der EG-Richtlinie 2004/18 angeführten Gemeinschaftsurkunden verkündet.

04. Der Unterfertigte erklärt, dass gegen Personen, die im Jahr vor der Veröffentlichung des Wettbewerbs zu dieser Ausschreibung aus Ämtern im Unternehmen ausgeschieden sind, welche das Unternehmen gegenüber Dritte rechtlich verpflichten keine Ausschlussgründe gemäß Artikel 80 GvD 50/2016, vorliegen.

04. Keine Kenntnis über bestehende Verfahren gemäß Artikel 80 GvD 50/2016 in Bezug auf Personen, die im Jahr vor der Veröffentlichung des Wettbewerbs zu dieser Ausschreibung aus Ämtern im Unternehmen ausgeschieden sind, welche das Unternehmen gegenüber Dritte rechtlich verpflichten, zu haben.

04. Der Unterfertigte erklärt, dass gegen die folgenden Personen [\[Aufzählung der ausgeschlossenen Personen\]](#) die im Jahr vor der Veröffentlichung des Wettbewerbs zu dieser Ausschreibung aus Ämtern im Unternehmen ausgeschieden sind, welche das Unternehmen gegenüber Dritte rechtlich verpflichten, Ausschlussgründe gemäß Artikel 80 GvD 50/2016 vorliegen, aber dass das Unternehmen die Vorkehrungen und Maßnahmen zur vollständigen Distanzierung von der strafrechtlich sanktionierten Handlung wie folgt getroffen hat: [].

05. Der/die Unterfertigte bestätigt das Nichtvorhandensein von Verurteilungen, bei denen die Begünstigung der Nichterwähnung gewährt oder nicht gewährt wurde, und/oder Strafen im Ausgleich verhängt wurden, und/oder verurteilte Strafmandate, oder erklärt, wenn vorhanden, die folgenden Vorstrafen: [].

06. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt hat nicht gegen das Verbot der treuhänderischen Übertragung gemäß Art. 17 des Gesetzes Nr. 55/1990 verstoßen.

07. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt hat keine festgestellten schweren Verletzungen zu den Bestimmungen im Bereich der Sicherheit am Arbeitsplatz und jeder anderen aus den Arbeitsverhältnissen sich ergebenden Pflicht begangen.

08. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt hat bei der Ausführung der Leistungen, die ihm von der Vergabestelle anvertraut wurden, nicht grob nachlässig oder böswillig gehandelt, auch hat das Subjekt keine groben Fehler bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit begangen.

09. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt hat nicht nachweislich schwerwiegende Verfehlungen im Bezug auf die Verpflichtungen betreffend die Bezahlung der Steuern und Gebühren begangen, laut der italienischen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Staates, in welchem das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt seinen Firmensitz hat.

10. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt hat keine Eintragungen im telematischen Register („casellario informatico“) der Beobachtungsstelle für öffentliche Verträge für Arbeiten, Dienstleistungen und Lieferungen bezüglich Fälscherklärungen oder gefälschten Dokumenten betreffend die Voraussetzungen und die relevanten Bedingungen für die Teilnahme an den Vergabeverfahren und für die Zuweisung von Weitervergaben.

11. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt hat keine endgültig festgestellten schweren Verletzungen der Vorschriften bezüglich Beitragszahlungen der Sozialversicherungs- und Fürsorgebeiträge laut der italienischen Gesetzgebung oder der

Gesetzgebung des Staates, in welchem das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt seinen Firmensitz hat, begangen.

12. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt erklärt die Pflichten hinsichtlich der Bezahlung der Versicherungsbeiträge im Sinne der geltenden Bestimmungen (Art.2 der Notverordnung Nr. 210/02, die in das Gesetz Nr. 266/02 umgewandelt wurde) zu erfüllen. (bitte ausfüllen):

Unternehmensart: Unternehmen, Freiberufler/in,
Nationaler Kollektivvertrag: Bausektor, Sonstige, nicht baugewerbliche Bereiche [[bitte genau angeben](#)],

Unternehmensgröße:

- 0 (keine Mitarbeiter)
- von 1 bis 5 Mitarbeiter
- von 6 bis 15 Mitarbeiter
- von 16 bis 50 Mitarbeiter
- von 51 bis 100 Mitarbeiter
- mehr als 100 Mitarbeiter

Im Falle der Eintragung an mehreren Sitzen bitte alle angeben:

INAIL – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle [],

NISF – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle [],

NISF – individuelle Beitragsposition des Inhabers/Gesellschafters bei Handwerksbetrieb [],
zuständige Ortsstelle []

Bauarbeiterkasse – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle [].

13. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt erklärt, daß gegen dieselben keine Hinderungs-, Aussetzungs- oder Aberkennungsgründe gemäß Artikel 67 des gv.D. Nr. 159 vom 06/09/2011 (Antimafia) bestehen.

14. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt ist mit der Anwendung der Bestimmungen betreffend die Pflichteinstellung von Personen mit Behinderung gemäß Gesetz Nr.68/1999 in Ordnung und weiters kommt es/sie den von den Bestimmungen vorgesehenen Pflichten nach.

14. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt ist nicht zur Anwendung der Bestimmungen betreffend die Pflichteinstellung von Personen mit Behinderung gemäß Gesetz Nr.68/1999 verpflichtet, da es/sie weniger als 15 Mitarbeiter hat.

14. Das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt ist derzeit nicht verpflichtet, die Informationsübersicht laut Art. 9 vom Gesetz Nr. 68/1999 einzureichen, da es zwischen 15 und 35 Mitarbeiter hat und nicht – nach dem 18.01.2000 – durch Neueinstellungen die Mitarbeiterzahl erhöht hat.

15. Gegen das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt wurde keine Untersagungsstrafmaßnahme, welche Geschäfte mit der öffentlichen Verwaltung und die Teilnahme an den öffentlichen Ausschreibungen wegen des Verstoßes gegen die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit und zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter laut Art. 14 des Gesetzesvertretenden Dekretes 81/2008 in geltender Fassung verbietet, erlassen.

16. Der/die Unterfertigte erklärt:

Nicht geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein.

Geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben.

Geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten nicht der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben, da ein Fall gemäß Art. 4, Absatz 1, des Gesetzes vom 24. November 1981 Nr.689 vorliegt.

16.bis Der Unterfertigte bestätigt für andere Subjekte der Firma (Inhaber, technische Direktoren, Gesellschafter, einzige Gesellschafter, Mehrheitsgesellschafter und weitere Personen mit Vertretungsvollmacht) falls vorhanden nicht geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein.

Geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben.

Geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten nicht der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben, da ein Fall gemäß Art. 4, Absatz 1, des Gesetzes vom 24. November 1981 Nr.689 vorliegt.

17. Gemäß Artikel 18 und 19 des DPR 445/2000 erklärt der/die Unterfertigte, dass die Kopien aller dem vorliegenden Verfahren angeführten Dokumente, einschließlich nachträglicher Ergänzungsanträge und Vervielfältigungen mittels fotokopieren (z.B. einscannen), den Originalen in seinem/ihrem Besitz entsprechen.

18. Der/die Unterfertigte erklärt, davon Kenntnis zu haben, dass die Daten gemäß geltendem Datenschutzgesetz zu den im Reglement aufgeführten Zwecken verarbeitet werden.

19. Im Falle von Bietergemeinschaften überträgt der Mandant bei einer Zuschlagserteilung eine gemeinsame Sondervollmacht mit Vertretungsrecht auf das federführende Unternehmen, das den Vertrag im eigenen Namen und in jenem der Mandanten abschließen wird.

20. Der/die Unterfertigte erklärt im Sinne des Art. 3 des Ges. Nr. 136 vom 13. August 2010 i g. F., für alle Aufträge, die von dieser Körperschaft erteilt worden sind oder für alle gewährten

Finanzierungen von nachstehendem Kontokorrent Gebrauch zu machen:

Bankkontokorrent bei der Bank [Name Bank]

Postleitzahl [], Provinz [], Straße [], Nr. [],

IBAN []

Swift/BIC []

Personen, die ermächtigt sind, Bewegungen auf dem Konto zu veranlassen:

Name [Vollständiger Name], Steuernummer []

Name [Vollständiger Name], Steuernummer []

21. Der Teilnehmer ist in Kenntnis, dass die Verletzung der geltenden ethischen Verhaltenspflichten der Bezirksgemeinschaft Burggrafnamt im Bereich der Antikorrusion, der Transparenz und der Rückverfolgbarkeit die Auflösung des Vertrages im Sinne und für die Wirkungen von 1456 ZGB zur Folge hat. Die diesbezüglichen genauen Bestimmungen werden auf der Internetseite <http://www.bzgbga.it> angeführt.

22. Im Sinne von Art. 53, Abs. 16 ter, des G.v.D. Nr. 165/2001 erklärt der Teilnehmer, dass er mit ehemaligen Bediensteten der Bezirksgemeinschaft Burggrafnamt, welche ihm gegenüber Vertrags- oder Entscheidungsbefugnisse der öffentlichen Verwaltung ausgeübt haben, innerhalb des Dreijahreszeitraumes ab Beendigung des Dienstverhältnisses kein abhängiges oder freiberufliches Vertragsverhältnis abgeschlossen hat und dass er diesen auf alle Fälle keine Aufträge erteilt hat.

[Ort Unterschrift], am [TT/MM/JJJJ]

Digitale Unterschrift*

* Unterschrift für Wirtschaftsteilnehmer mit Sitz im Ausland:

- EU-Länder: im Teilnehmerantrag, welcher von Wirtschaftsteilnehmern mit Sitz in einem EU-Staat erstellt wurde, muss die „fortgeschrittenen elektronische Signatur“ aufscheinen, welche von dazu berechtigten Zertifizierungsdiensteanbietern des Herkunftslandes gemäß Richtlinie Nr. 1999/93/EG ausgestellt ist;

- Nicht EU-Länder: der Teilnehmerantrag wird mit handschriftlicher Unterschrift versehen, eingescannt und im System zusammen mit einer Kopie eines gültigen Personalausweises laut Art. 38, Abs. 3 DPR Nr. 445/2000 hinzugefügt.

Dichiarazioni per la partecipazione

Il sottoscritto [Nome Cognome] nato a [Città] ([Provincia]) il [GG/MM/AAA], codice fiscale: [Codice fiscale], nella sua qualità di [Carica], autorizzato a rappresentare legalmente il seguente soggetto: [Ragione Sociale, codice fiscale/partita Iva, sede legale con indirizzo esatto], indirizzo PEC:

ai sensi degli art. 46 e 47 del D.P.R. n. 445/2000,

consapevole delle responsabilità penale cui può andare incontro nel caso di affermazioni mendaci e delle relative sanzioni penali di cui all'art. 76 del D.P.R. 445/2000, nonché delle conseguenze amministrative di esclusione dalle gare di cui al Decreto Legislativo n. 50 del 18 aprile 2016 e alla normativa vigente in materia

DICHIARA: (prego barrare la casella relativa)

01. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto non si trova in stato di fallimento, di liquidazione coatta, di concordato privato, né ha in corso alcun procedimento per la dichiarazione di una di tali situazioni.

01. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto opera in situazione di concordato con continuità aziendale ai sensi dell'art. 186 bis R.D n. 267/1942.

02. nei confronti del sottoscritto non è pendente alcun procedimento per l'applicazione di una delle misure di prevenzione di cui all'art. 6 del d.Lgs. 159/2011 e successive modifiche ed integrazioni né sussiste alcuna causa ostativa di cui all'art. 67 del d.Lgs. 159/2011 e successive modifiche ed integrazioni.

02. bis il sottoscritto dichiara che nei confronti di altri soggetti (titolari, direttori tecnici, soci, soci di maggioranza ed ulteriori amministratori muniti del potere di rappresentanza dell'impresa) non sussistono le condizioni di esclusione di cui all'art. 80 d.lgs. 50/2016 oppure [in alternativa qualora non si ritieni nel caso di cui sopra].

02. bis il sottoscritto dichiara di non essere a conoscenza dell'esistenza di provvedimenti di cui all'art. 80 d.lgs. 50/2016 nei confronti di altri soggetti (titolari, direttori tecnici, soci, soci di maggioranza ed ulteriori amministratori muniti del potere di rappresentanza dell'impresa).

03. nei confronti del sottoscritto non è stata pronunciata alcuna sentenza di condanna passata in giudicato, o emesso decreto penale di condanna divenuto irrevocabile, oppure sentenza di applicazione della pena su richiesta, ai sensi dell'art. 444 del codice di procedura penale, per reati gravi in danno dello Stato o della Comunità che incidono sulla moralità professionale, né è stata pronunciata sentenza di condanna passata in giudicato per aver commesso uno o più reati di partecipazione ad un'organizzazione criminale, corruzione, frode, riciclaggio, quali definiti dagli atti comunitari citati all' art. 45, paragrafo 1, direttiva CE 2004/18.

04. il sottoscritto dichiara che non sussistono nei confronti dei soggetti cessati da cariche societarie (art. 38 comma 1 lettera C d.lgs. 163/2006) nell'anno antecedente la data di pubblicazione del bando di gara relativo al presente appalto titolari della capacità di impegnare giuridicamente verso terzi, le condizioni di esclusione di cui all'art. 80 d.lgs. 50/2016.

04. il sottoscritto dichiara di non essere a conoscenza dell'esistenza di provvedimenti di cui

all'art. 80 d.lgs. 50/2016 nei confronti dei soggetti cessati dalla carica nell'anno antecedente la data di pubblicazione del bando di gara relativo al presente appalto titolari della capacità di impegnare giuridicamente verso terzi.

04. il sottoscritto dichiara che sussistono nei confronti dei seguenti soggetti

[\[elenco persone escluse\]](#)

cessati dalla carica nell'anno antecedente la data di pubblicazione del bando di gara relativo al presente appalto titolari della capacità di impegnare giuridicamente verso terzi le condizioni di esclusione di cui all'art. 80 d.lgs. 50/2016, ma che l'impresa ha posto in essere una completa ed effettiva dissociazione dalla condotta penalmente sanzionata a carico dei suddetti soggetti, come segue: [].

05. il sottoscritto attesta altresì l'assenza di sentenze di condanna, senza o con il beneficiario della non menzione, e/o di irrogazione di pene patteggiate e/o di decreti penali di condanna, ovvero, se presenti, dichiara i seguenti precedenti penali: [].

06. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto non ha violato il divieto di intestazione fiduciaria posto dall'art. 17 della legge n. 55/1990.

07. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto non ha commesso infrazioni gravi, debitamente accertate, alle norme in materia di sicurezza e a ogni altro obbligo derivante dai rapporti di lavoro.

08. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto non ha commesso grave negligenza o malafede nell'esecuzione di prestazioni affidate dalla stazione appaltante che bandisce la gara né ha commesso grave errore nell'esercizio della propria attività professionale.

09. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto non ha commesso violazioni gravi, definitivamente accertate, rispetto agli obblighi relativi al pagamento delle imposte e tasse, secondo la legislazione italiana o quella dello Stato in cui l'impresa, società, consorzio o altro oggetto è stabilito.

10. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto non risulta iscritto nel casellario informatico dell'Osservatorio dei contratti pubblici di lavoro, servizi e forniture per aver presentato falsa dichiarazione o falsa documentazione in merito ai requisiti ed alle condizioni rilevanti per la partecipazione alla procedure di gara e per l'affidamento di subappalti.

11. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto non ha commesso violazioni gravi, definitivamente accertate, alle norme in materia di contributi previdenziale ed assistenziali, secondo la legislazione italiana o dello Stato in cui l'impresa, società, consorzio o altro oggetto è stabilito.

12. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto dichiara di essere in regola con l'assolvimento degli obblighi di versamento di contributi assicurativi stabiliti dalle vigenti disposizioni (art. 2 del D.L. n.210/02, convertito in legge n. 266/02). (prego compilare):

Tipo di impresa: impresa, libero/a professionista,

C.C.N.L applicato: settore edile, Altro, non edile [\[indicare il settore\]](#),

Dimensione aziendale:

0 (nessun dipendente)

- da 1 a 5 dipendenti
- da 6 a 15 dipendenti
- da 16 a 50 dipendenti
- da 51 a 100 dipendenti
- oltre 100 dipendenti

Nel caso di iscrizione presso più sedi, indicarle tutte:

INAIL – codice ditta [], sede competente [],

INPS – matricola azienda [], sede competente [],

INPS – posiz. contrib. individ. titolare/soci imprese artigiane [], sede competente

Cassa edile – codice impresa [], sede competente [].

13. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto dichiara che nei propri confronti non sussistono le cause di divieto, di decadenza o di sospensione di cui all'art. 67 del d.Lvo 06/09/2011, n. 159 (comunicazione antimafia).

14. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto è in regola con le norme che disciplinano il diritto al lavoro dei disabili ai sensi della legge n. 68/1999, nonché ha ottemperato agli obblighi prescritti dalle norme stesse.

14. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto non è tenuta al rispetto delle norme che disciplinano il diritto al lavoro dei disabili (legge n. 68/1999) avendo alle dipendenze un numero di lavoratori inferiore a 15.

14. l'impresa, società, consorzio o altro soggetto avendo alle dipendenze un numero di lavoratori compreso tra 15 e 35 e, non avendo proceduto – successivamente al 18.01.2000 – ad assunzioni che abbiano incrementato l' organico, non è attualmente obbligata a presentare il prospetto informativo di cui all'art. 9 della legge n. 68/1999.

15. nei confronti dell'impresa, società, consorzio o altro soggetto non è stato applicato alcun provvedimento interdittivo alla contrattazione con la pubblica amministrazione ed alla partecipazione a gare pubbliche per violazione delle disposizioni relative al contrasto del lavoro irregolare ed alla tutela della salute e sicurezza dei lavoratori di cui all'art. 14 del d.lgs. 81/2008 e successive modifiche ed integrazioni.

16. il sottoscritto attesta che:

non è stato vittima di reati previsti e puniti dagli art. 317 e 629 del codice penale aggravati ai sensi dell'articolo 7 del D.L. n. 152/1991, convertito, con modificazioni, dalla legge n. 203/1991.

è stato vittima di reati previsti e puniti dagli art. 317 e 629 del codice penale aggravati ai sensi dell'articolo 7 del D.L. n. 152/1991, convertito, con modificazioni, dalla legge n. 203/1991 ed ha denunciato i fatti all'autorità giudiziaria.

è stato vittima di reati previsti e puniti dagli art. 317 e 629 del codice penale aggravati ai sensi dell'articolo 7 del D.L. n. 152/1991, convertito, con modificazioni, dalla legge n. 203/1991 e non ha denunciato i fatti all'autorità giudiziaria, ricorrendo i casi previsti dall'articolo 4, primo comma, della legge 24 novembre 1981, n.689.

16. bis il sottoscritto attesta per i soggetti (titolari, direttori tecnici, soci, soci di maggioranza ed ulteriori amministratori muniti del potere di rappresentanza dell'impresa) [] qualora presenti che non sono vittime di reati previsti e puniti dagli art. 317 e 629 del codice penale aggravati ai sensi dell'articolo 7 del D.L. n. 152/1991, convertito, con modificazioni, dalla legge n. 203/1991.

che sono stati vittime di reati previsti e puniti dagli art. 317 e 629 del codice penale aggravati ai sensi dell'articolo 7 del D.L. n. 152/1991, convertito, con modificazioni, dalla legge n. 203/1991 ed hanno denunciato i fatti all'autorità giudiziaria.

che sono stati vittime di reati previsti e puniti dagli art. 317 e 629 del codice penale aggravati ai sensi dell'articolo 7 del D.L. n. 152/1991, convertito, con modificazioni, dalla legge n. 203/1991 e non hanno denunciato i fatti all'autorità giudiziaria, ricorrendo i casi previsti dall'articolo 4, primo comma, della legge 24 novembre 1981, n.689.

17. ai sensi degli art. 18 e 19 del DPR 445/2000 il sottoscritto dichiara che le copie di documenti allegati al presente procedimento, ivi incluse successive richieste di integrazione, e riprodotti mediante procedimento di copia fotostatica (es.: scansione) sono conformi agli originali in suo possesso.

18. il sottoscritto dichiara di essere consapevole che i dati verranno trattati con le modalità previste dalla vigente normativa sulla privacy e con le finalità specificate nel regolamento.

19. in caso di raggruppamento d' impresa, la mandante, in caso di aggiudicazione della gara, conferirà mandato collettivo speciale con rappresentanza all'impresa designata come mandataria la quale stipulerà il contratto in nome e per conto proprio e delle mandanti.

20. il sottoscritto dichiara al fine di ottemperare a quanto disposto dall'articolo 3 della legge 13 agosto 2010, n. 136 e successive modifiche ed integrazioni di avvalersi del seguente conto dedicato per tutte le commesse relative alla vostra amministrazione o concessioni di finanziamenti, come di seguito specificato:

Conto Corrente Bancario presso la Banca [nome banca]

CAP [], Provincia [], Via [], n. [],

IBAN [],

Swift/BIC [],

persone autorizzate ad effettuare operazioni sul conto:

Nome [nome intero], codice fiscale [],

Nome [nome intero], codice fiscale [].

21. Il partecipante è a conoscenza che la violazione dei vigenti obblighi di condotta etica della Comunità Comprensoriale Burgraviato in materia di anticorruzione, di trasparenza e di tracciabilità costituisce causa di risoluzione del contratto ai sensi e per gli effetti dell'art. 1456 c.c.. Le relative disposizioni vengono portate sul sito <http://www.bzgbga.it/it/amministrazione/sonstige-inhalte.asp> .

22. Ai sensi dell'art. 53, comma 16 ter, del d.Lgs. n. 165/2001, il partecipante dichiara di non aver concluso contratti di lavoro subordinato o autonomo e comunque di non aver attribuito incarichi, per il triennio successivo alla cessazione del rapporto, ad ex dipendenti della Comunità Comprensoriale Burgraviato, che hanno esercitato poteri autoritativi o negoziali per conto della pubblica amministrazione nei propri confronti.

[luogo firma], lì [data]

FIRMATO DIGITALMENTE*

* Firma operatori economici esteri

- Paesi UE: la domanda di partecipazione, prodotta da operatori economici che risiedono negli Stati UE, deve recare la “firma elettronica avanzata”, emessa dai certificatori qualificati del Paese di provenienza conformemente alla direttiva n. 1999/93/CE.

- Paesi non UE: la domanda di partecipazione va prodotta con firma autografa, scansionata ed inserita nel sistema con una copia allegata di un valido documento di identità ex art. 38, c. 3 DPR n.445/2000.